



Geraldine Dany-Knedlik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin.



Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Konjunkturabteilung am DIW Berlin.

Der Kommentar gibt die Meinung der AutorInnen wieder.

GERALDINE DANY-KNEDLIK UND GUIDO BALDI

Wahlen in den USA: Die Pandemie ist nur das Brennglas

Der Countdown läuft: In einigen Tagen finden die US-Wahlen statt und werden über die Zukunft des Landes entscheiden. Nach aktuellen Umfragen liegt der Präsidentschaftskandidat der Demokraten, Joe Biden, weiterhin vor dem amtierenden Präsidenten Donald Trump, der Anfang Oktober selbst an Covid-19 erkrankt war. Dessen laxer Umgang mit der Pandemie und seine unzureichenden Maßnahmen zur Eindämmung des Virus scheinen ihm Wählergunst zu kosten.

Erfahrungsgemäß hängen Wahlergebnisse in den USA stark von den konjunkturellen Entwicklungen ab. Die Wirtschaftsleistung in den USA ging im zweiten Quartal um rund neun Prozent im Vergleich zum Vorquartal zurück. Dies ist der größte Wachstumsrückgang seit dem Zweiten Weltkrieg.

Dennoch haben die USA die Pandemie wirtschaftlich besser überstanden als einige andere Länder. Der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts war im ersten Halbjahr 2020 geringer als beispielsweise im Vereinigten Königreich, in Frankreich und auch im Nachbarland Kanada. Besser davon kamen bislang vor allem asiatische Volkswirtschaften wie Japan und Südkorea. Volkswirtschaften, die einen harten und anhaltenden Lockdown hatten und/oder einen besonders hohen Anteil an personennahen Dienstleistungen, verzeichneten größere wirtschaftliche Einbußen. Die laxen Eindämmungsmaßnahmen und den verhältnismäßig milden Wirtschaftseinbruch bezahlten die USA aber mit relativ hohen Fall- und Todeszahlen. Und sie verhinderten nicht, dass die Arbeitslosenquote extrem anstieg: Die offizielle Arbeitslosenquote ist von 3,5 Prozent im Februar auf 14,3 Prozent im April hochgeschossen. Inoffiziell dürfte die tatsächliche Arbeitslosenquote wohl sogar etwa zwanzig Prozent betragen haben. Häufig von Arbeitslosigkeit betroffen waren niedrig bezahlte Beschäftigte – etwa im Gastgewerbe oder im Unterhaltungssektor.

Vor allem auf dem Arbeitsmarkt wird die Pandemie längerfristige Spuren hinterlassen, die jedoch nicht nur dem Corona-Virus geschuldet sind. Vor dem Ausbruch der Pandemie wurden häufig schlecht bezahlte neue Jobs geschaffen – beispielsweise

in der Gastronomie oder in der sogenannten Gig Economy mit ihren vielen unsicheren und befristeten Arbeitsverhältnissen. In den vergangenen Jahrzehnten sind viele ehemals gut bezahlte Stellen für die Mittelschicht – gerade in der Industrie – durch Automatisierung oder Verlagerungen ins Ausland verloren gegangen. Die realen Stundenlöhne ohne Bonus und Lohnnebenleistungen haben in den zehn Jahren zwischen Juni 2009 (dem Tiefpunkt der Finanzkrise) und Ende 2019 insgesamt nur leicht um 6,6 Prozent zugenommen. Die Einkommensungleichheit ist in den Vereinigten Staaten trotz des relativ starken Wachstums in den vergangenen Jahren hoch und dürfte sich durch die Corona-Pandemie noch einmal beschleunigen.

Die Pandemie hat also in einigen Bereichen wie ein Brennglas gewirkt und strukturelle Probleme noch einmal verschärft. Wer auch immer nun die Wahlen gewinnt, wird sich diesen Problemen stellen müssen. Gewinnt Joe Biden, ist eher mit Maßnahmen zu rechnen, die neben der wachstumsstimulierenden Wirkung das Ziel haben, die Ungleichheit mittels finanzpolitischer Umverteilung zu mindern. Zudem sind öffentliche Investitionen in die Infrastruktur und die Förderung von klimaneutralen Industrien geplant, was durch höhere Unternehmensbesteuerung finanziert werden soll. Bestätigen die US-Wählerinnen und -Wähler hingegen Amtsinhaber Donald Trump, würden die Republikaner wohl versuchen, die wirtschaftliche Entwicklung und die Aufstiegschancen mittels Steuersenkungen und eines weiteren Regulierungsabbaus zu fördern.

Wenn die USA ihre Führungsrolle – zum Beispiel im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie – langfristig behaupten wollen, werden sie vor allem in der Arbeitsmarktpolitik und im Bereich der Investitionen einige strukturelle Probleme beheben müssen. Handelskonflikte mit China vom Zaun zu brechen, wird sie nicht davor bewahren, von China überholt zu werden.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

87. Jahrgang 28. Oktober 2020

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander
Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus
Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann

Lektorat

Björn Fischer

Redaktion

Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Anna Hammerschmid;
Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor; Sandra Tubik;
Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter